UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 7. April 1994
11/1994

## Sozialbericht 1993

# Norbert Blüm: Jede dritte Mark für Soziales

**Bei einer Steigerung um 57 Milliarden Mark oder 5,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr belief sich das Sozialbudget 1993 auf rund 1.063 Mark. „Damit wird in Deutschland jede dritte Mark unseres Sozialproduktes für Soziales ausgegeben."**

Auf diese knappe Formel hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die sozialpolitische Bilanz der Bundesregierung im Sozialbericht 1993 gebracht, der am 22. März vom Bundeskabinett beschlossen wurde.

Damit beweise das Sozialbudget eindrucksvoll, wie erfolgreich die Bundesregierung den mit der deutschen Einheit veränderten Prioritäten Rechnung getragen und ihren Beitrag zur gerechten Verteilung der Lasten geleistet hat.

### Steuerzahler wurden nicht überfordert

Neue Herausforderungen konnten bewältigt, und der Sozialstaat konnte weiterentwickelt werden, ohne daß die Leistungsfähigkeit der Beitrags- und Steuerzahler überfordert wurde.

Besonders wichtig: Mit ihrer Arbeitsmarktpolitik hat die Bundesregierung eine beschäftigungspolitische Katastrophe verhindert.

**Unter dem Titel „Auf gutem Weg zum einigen Sozialstaat Deutschland" finden Sie die Zahlen des Sozialberichts 1993 als Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.**

## HEUTE AKTUELL


- **Sozialdemokraten**
  **SPD-Steuerpolitik: Erhöhungen durch die Hintertür? Seite 2**
- **Steuerpolitik**
  **Hans Peter Schmitz: Leistungsbereitschaft statt Neidkampagne. Seite 4**
- **CDA**
  **Rainer Eppelmann: Programm für mehr Beschäftigung und Wachstum. Seite 8**
- **Energiepolitik**
  **Deutschland im Dunkeln: SPD und Grüne halten am Kernenergieausstieg fest. Seite 12**
- **Landwirtschaft**
  **SPD bedroht landwirtschaftliche Existenzen: Schweinepest nicht energisch bekämpft. Seite 14**
- **Europa**
  **Bildungspolitik und europäische Integration: Europa braucht Kenntnisse und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt. Seite 18**
- **Aussiedler**
  **Horst Waffenschmidt: Aktivitäten im Aussiedlerbereich. Seite 24**
- **RCDS**
  **Abiturienten drängen immer stärker in praxisorientierte Studiengänge. Seite 28**

## SPD-Steuerpolitik kriegt Konturen

# Erhöhungen durch die Hintertür?

**Darauf, daß eine von der SPD geführte Regierung nicht nur über die 10prozentige Ergänzungsabgabe den Einkommensteuertarif aufstocken, sondern auch das ganze Potential der indirekten Steuererhöhungen nutzen würde, hat im Handelsblatt vom 5. April Hans Mundorf aufmerksam gemacht.**

Er selber ist darauf durch eine Fülle schriftlicher Fragen aufmerksam geworden, die sich die SPD in den letzten Wochen vom Bundesfinanzministerium hat beantworten lassen und die alle nach dem Muster formuliert sind: „Wie hoch wären die Steuermehreinnahmen für Bund, Länder und Gemeinden, wenn diese oder jene steuerliche Regelung verändert oder abgeschafft würde?"

So will die SPD zum Beispiel wissen, wie hoch die Steuermehreinnahmen wären, wenn die Spekulationsfristen in Paragraph 23 Einkommensteuergesetz (EStG) entfallen würden. Ein solcher Wegfall würde die umfassende Steuerpflicht für alle Veräußerungsgewinne aus dem Privatvermögen bedeuten, das dann auch voll in die Kontrolle des Finanzamtes geriete.

Oder: Wie hoch wären die Steuereinnahmen, wenn die Nutzungsdauer für betrieblich genutzte Personenkraftwagen auf acht Jahre verlängert würde oder wenn der Anrechnungssatz als Sachzuwendung für betrieblich zur Verfügung gestellte und auch privat nutzbare Pkw von derzeit ein Prozent auf 1,3 Prozent des Anschaffungswertes je Monat angehoben würde?

Diese Anhebung würde nach Auskunft des Bundesfinanzministeriums allein zu Steuermehreinnahmen in Höhe von 250 Millionen Mark führen.

Oder: Wie hoch wären die Steuermehreinnahmen, wenn Steuervergünstigungen mit „Lenkungscharakter" so umgestellt würden, daß nicht mehr ein Abzug von der Bemessungsgrundlage erfolgte, sondern nur der Abzug eines prozentualen Beitrages von etwa 25 Prozent von der Steuerschuld?

Oder ... wenn Beiträge zur Lebensversicherung nicht mehr zum Sonderausgabenabzug zugelassen würden;

... wenn die Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft nicht mehr begünstigt würden;

... wenn der Sonderausgabenabzug der Schulgeldzahlungen an Privatschulen aufgehoben würde.

Mit allen diesen Fragen eröffnet sich die SPD ein steuerpolitisches Terrain, bei dem nicht mehr von Sonderbelastung der Besserverdienenden die Rede sein müßte, bei dem sie vielmehr vom Abbau von Steuerprivilegien reden könnte.

### Steuerstaat in Vollendung

Ohne daß man die Sätze der Erbschaft- und Vermögensteuer erhöhen müßte, ließen sich die Einheitswerte des Grundbesitzes an die Verkehrswerte annähern. Steuermehreinnahmen von 20 bis 30 Milliarden Mark würde das bedeuten, die sich mit dem Argument rechtfertigen ließen „Warum soll das Grundvermögen gegenüber dem Geldvermögen priviligiert werden?"

Hans Mundorf: „Als Partei der Steuergerechtigkeit könnte die SPD so den Steuerstaat zu seiner Vollendung führen." ■

# Schluß mit dem Versteckspiel – die Zahlen müssen auf den Tisch

**Zu den Steuererhöhungs-Vorschlägen von Scharping-Berater Zöpel erklärte Generalsekretär Peter Hintze:**

Das SPD-Wahlprogramm liest sich wie eine Einführung in den Fiskal-Sozialismus. Langsam ahnt der Bürger, was ihm droht. Dabei dreht sich in der SPD die Steuer-Spirale immer schneller. Nach der Ankündigung von Scharpings engem Wahlkampf-Berater Zöpel, die Mineralölsteuererhöhung um 20 Pfennig pro Liter zu erhöhen, beginnt der Bürger allmählich zu ahnen, was er von der SPD zu erwarten hätte: den tiefen Griff in die Tasche.

Dabei ist das Ende der SPD-Steuer-Spirale noch längst nicht in Sicht: Es verliert sich im watteweichen Wort-Nebel, den das SPD-Wahlprogramm um die klaren Tatsachen hüllt. Zu diesen Tatsachen zählt vor allem die gravierende Dekkungs- und damit Glaubwürdigkeitslücke im Programm: Die SPD macht Wahlversprechen, die sich auf locker 100.000 Millionen DM belaufen. Sie verschweigt

**Die SPD verspricht „Arbeit, Arbeit, Arbeit", aber sie meint „Steuern, Steuern, Steuern".**

aber vornehm, wer die Zeche bezahlen soll. Zugegeben hat Scharping bisher nur die geplante Ergänzungsabgabe von 10 Prozent. Die aber bringt gerade einmal 20 Mrd. DM.

Scharping muß konkret sagen, woher die restlichen 80 Mrd. DM kommen sollen. Von den Besserverdienenden? Soviele gibt es davon in Deutschland gar nicht, um diesen Betrag aufzubringen. Also doch wohl von der großen Mehrheit der normalverdienenden Steuerzahler. Sie wollen jetzt Zahlen hören, sie wollen wis-

**Wahlkampf-Argumente**

sen, was die SPD sie kosten würde. Zöpel hat ein kleines weiteres Stück des Steuerknüppels aus dem Sack gelassen: die drastische Erhöhung der Mineralölsteuer. Aber auch das reicht für die SPD noch nicht aus. Wann kommt die nächste Runde? Arbeitsmarktabgabe, Erhöhung der Grund-, Erbschafts- und Schenkungssteuer — alles ist in der SPD schon diskutiert worden, manches im Wahlprogramm angedeutet.

## Arbeitsplatzrisiko SPD

Die SPD verspricht „Arbeit, Arbeit, Arbeit", aber sie meint „Steuern, Steuern, Steuern". Das würde nicht nur die Steuerzahler massiv belasten, sondern auch den Aufschwung gefährden und damit Arbeitsplätze kosten. Die SPD wird zum Arbeitsplatzrisiko für unser Land.

Jetzt muß Schluß sein mit dem Versteckspiel. Ich fordere SPD-Kandidat Scharping auf, die Steuer- und Abgabenpläne der SPD jetzt auf den Tisch zu legen. ■

# Leistungsbereitschaft statt Neidkampagne

**„Der Gleichmacher" ist eine Karikatur unterschrieben, auf der die Sense des SPD-Programms die Einkommen auf unter 50.000 DM kappt. So ist es: SPD-Chef Scharping versucht, eine „Teflon-Schicht" über seine politischen Aussagen zu ziehen, an der keine Kritik hängenbleibt.**

Aber jedesmal, wenn man an der Oberfläche kratzt, kommt das sozialistische Klassenkampfdenken des 19. Jahrhunderts zum Vorschein. Wer mehr hat als andere, soll abgeben, was die SPD für zuviel hält.

Natürlich ist man bei der SPD nicht so töricht, alle Steuerpläne ins Wahlprogramm zu schreiben. Denn immer, wenn es konkret wird, prallen die Weltanschauungen linker und gemäßigter Sozialdemokraten aufeinander. Ein Beispiel für das Streitpotential bei der Behandlung steuerpolitischer Themen hat die SPD mit der sogenannten Ergänzungsabgabe vorgeführt.

Während im Wahlprogramm nur der Beitrag hoher Privateinkommen und großer Vermögen gefordert wird, propagierte der SPD-Vorsitzende Scharping zunächst eine Ergänzungsabgabe für alle, die über 50.000 DM als Ledige oder 100.000 DM als Verheiratete verdienten.

Dann entstand ein Streit, an dem sich die Gewerkschaften sowie rechter und linker Flügel der SPD lebhaft beteiligten. Es ging darum, ob mit diesen Beträgen das Brutto- oder das zu versteuernde Einkommen (also nach Abzügen) gemeint war. Außerdem stritt man — ohne die Frage nach brutto oder netto zu klären — über die richtige Höhe. 60.000 DM oder 80.000 DM, alles wurde geboten. Schließlich einigte man sich auf 60.000/120.000 DM brutto, angeblich 50.000/100.000 DM zu versteuerndes Einkommen. Allerdings übersah der SPD-Vorsitzende die Rechenfehler in seinem Zahlensalat.

Es interessierte ihn überhaupt nicht, daß im Durchschnitt der Fälle schon 56.000 DM zu einem zu versteuernden Einkommen von 50.000 DM führen. So bleiben nach wie vor viele Facharbeiter und Angestellte betroffen. Diese „hohen Privateinkommen" sollten nun mit einem Zuschlag von 10 Prozent zur Lohn- bzw. Einkommensteuer belegt werden, welche sowieso progressiv steigt.

**Von Hans Peter Schmitz (Baesweiler), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

Scharping vernachlässigt dabei, daß das von ihm 1993 im Vermittlungsausschuß mitbeschlossene Aufkommen vom 28 Mrd. DM von seinem Modell bei weitem nicht erreicht wird. Will er wirklich bei dieser Bemessungsgrundlage ansetzen, fehlen rund 6 Mrd. DM in der Kasse. Eine Konsolidierung des Bundeshaushalts rückt damit in weite Ferne.

Dieser Streit hat gezeigt, daß die SPD-Steuerpolitik von Unkenntnis und Unsicherheit geprägt ist. Der Kanzlerkandidat kann nicht einmal brutto und netto unterscheiden und ließ sich nach ersten Probe-

läufen sofort von seiner Partei zurückpfeifen.

Der Rest des steuerpolitischen Programms der SPD ist ebenso irreführend. So ist die Zusage, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Steuerfreistellung des Existenzminimums zu verwirklichen, eine pure Selbstverständlichkeit. Hätte die SPD in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung dieses Existenzminimum nicht sträflich vernachlässigt, wären die Entscheidungen der Verfassungsrichter gar nicht erforderlich gewesen.

## Was die SPD-Pläne kosten

Zur Frage der steuerlichen Einheitswerte, die ebenfalls beim Bundesverfassungsgericht anhängig ist, steht überhaupt nichts in dem Programm, obwohl jeder Häuslebauer unmittelbar betroffen sein wird.

Die SPD will dem Mittelstand durch Subventionen im Steuer- und im Kapitalbereich dienen. Sie will Lohnsubventionen und staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen von Arbeitsmarktpolitik und ökologischer Wirtschaft. Solche Gedanken sprechen den hehren Zielen Hohn, welche das SPD-Programm in Allgemeinplätzen zur Deregulierung, Forschungs- und Technologieförderung oder zu marktwirtschaftlichen Instrumenten anbietet.

Etwa 20 Wahlversprechen im Regierungsprogramm der SPD würden nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums Kosten in Höhe von 60 Mrd. DM verursachen. Außer schlichten Bekenntnissen hat das Papier zur Haushaltskonsolidierung aber nichts zu bieten. So zeigt sich, was diese Partei und ihr Kanzlerkandidat mit den Staatsfinanzen vorhaben. Deren Doppelstrategie entspricht dem Verhalten der SPD-Vertreter in den Vermittlungsverfahren zu den Spargesetzen des vergangenen Jahres.

## Wahlkampf-Argumente

Alle Ansätze der CDU/CSU-FDP-Koalition zu sparsamerem Umgang mit den Steuern und Sozialabgaben wurden von der SPD torpediert und diffamiert. Es ist zu befürchten, daß Scharping weiter das Füllhorn des Staates ausgießen will.

Diesem ökonomischen Schmalspurprogramm setzt die CDU ein klares Konzept entgegen: Die Haushaltskonsolidierung wird durch Begrenzung der Ausgaben statt durch Erhöhung der Einnahmen erfolgen. Unsere energische Politik hat bereits enorme Entlastungen bewirkt. Der öffentliche Gesamthaushalt wird im Zeitraum von 1993 bis 1997 um über 240 Mrd. DM entlastet — mit ersparten Zinsen sogar um 260 Mrd. DM.

## CDU: Gerechte Lastenverteilung

Die Ausgabenkürzungen konzentrieren sich auf Einsparungen beim öffentlichen Dienst (Nullrunde), auf den Abbau der Subventionen in allen Bereichen (10 Prozent weniger allein 1994), auf Entlastungen bei der Bundesanstalt für Arbeit und bei der Arbeitsförderung sowie Anpassung anderer Sozialleistungen an die tatsächliche Leistungsfähigkeit des Staates. Dabei ist klar, daß staatliche Dienstleistungen ihren Preis haben.

In der Steuerpolitik wollen wir eine gerechte Verteilung der Lasten. Sie müssen aber auf ihre Notwendigkeit ebenso überprüft werden wie Privatisierungsmöglichkeiten. Besonders der Aufbau in den neuen Ländern hat seinen Preis, um

die riesigen Chancen für die Zukunft nutzen zu können. Das ist eine Aufgabe aller. Deshalb muß der Solidaritätszuschlag grundsätzlich von allen Steuerpflichtigen erhoben werden. Ab 1. 1. 1995 beträgt er 7,5 Prozent der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer.

## SPD: Strafe für Mehrverdiener

Die Belastung folgt damit dem progressiven Einkommensteuertarif. So ist sichergestellt, daß kleine Einkommen gering belastet werden, große dagegen um ein Mehrfaches stärker. Dies entspricht dem Leistungsfähigkeitsprinzip, dem tragenden Element unseres Steuerrechts. Eine gleichmäßig ansteigende Progression wird als gerechter empfunden als eine schlagartig einsetzende Belastung. Jeder, der durch Beförderung oder Mehrarbeit statt 59.000 DM nun 61.000 DM verdient, soll dagegen von der SPD bestraft werden.

Selbstverständlich wird die Neuregelung des steuerfreien Existenzminimums zeitgerecht umgesetzt werden. Der steuerliche Kinderfreibetrag wird schrittweise auf die volie Höhe des Existenzminimums heraufgesetzt, um das Kindergeld dann stärker bedarfsgerecht und zielgerichtet auf Familien mit geringen Einkünften und auf Kinderreiche zu konzentrieren. Dabei muß es aber beim dualen System des Kinderlastenausgleichs bleiben, d. h. beim steuerlichen Kinderfreibetrag und beim Kindergeld.

Ganz wichtig ist für uns die Steuervereinfachung, für die in Kürze ein „Diskussionspaket" vorgelegt werden wird. Aber schon in den vergangenen Jahren gab es in jedem Steuergesetz wirksame Vereinfachungsmaßnahmen. Zahlreiche Steuern sind abgeschafft worden, so z. B. die Börsenumsatz-, Wechsel- und Gesellschaftsteuer.

Die bisherige Reform der Unternehmensbesteuerung hat bereits wichtige Signale für die Zukunftssicherung Deutschlands als Standort für Investitionen und Arbeitsplätze gesetzt. Im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten wollen wir daher die Unternehmensteuerreform fortsetzen. Vorrangig wird es dabei um einen weiteren Abbau der ertragsunabhängigen Steuern, also der Gewerbekapital- und der Vermögensteuer gehen. Mittelfristig werden wir auch eine weitere Senkung der Ertragsteuersätze ins Auge fassen, und zwar zusammen mit einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

Offene Grenzen in Europa erfordern, daß das deutsche Steuerrecht die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Rahmen erhält. Ebenso wird auch eine weitere Harmonisierung der Steuern, z. B. im Bereich der Zinsbesteuerung und der Energiesteuern notwendig. Hier muß die Bundesregierung schon während der Präsidentschaftszeit im 2. Halbjahr 1994 die Pflöcke einschlagen.

## Eigenverantwortung stärken

Die Hauptsache für die Politik der Union ist und bleibt die Stärkung der Eigenverantwortung der deutschen Bürger und unserer Wirtschaft. Jeder einzelne muß motiviert werden, das Beste zu leisten. Die Unternehmensteuerreform und die von uns mittelfristig geplante Senkung der Steuer- und Abgabenquote sind dafür unerläßlich.

Den Neidparolen der SPD setzen wir ein klares JA zur Leistung entgegen. Gleichmacherei und Neidparolen demotivieren die Leistungsträger. Unklarheit und Inkompetenz in Steuer- und Wirtschaftspolitik treiben das Investitionskapital aus dem Lande. Unabsehbarer Schaden für den Arbeitsmarkt wäre die Folge der SPD-Politik. ■

# Angela Merkel stellt „Mutmachbuch" über die neuen Bundesländer vor

**Fast 40 Prozent der Existenzgründungen in den neuen Bundesländern gehen von Frauen aus. Darauf verwies Bundesfrauenministerin Angela Merkel auf der Leipziger Buchmesse bei der Vorstellung eines „Mutmachbuches" über „Schicksale und Karrieren in den neuen Bundesländern".**

Die Bonner Journalistin Jutta Vogel schildert in ihrem Band „Wir haben es einfach angepackt!" (Bastei Lübbe Verlag) den wagemutigen Sprung in die Selbständigkeit von 31 Frauen und Männern, mit denen sie bei ihrer Rundreise durch die ehemalige DDR im vergangenen November ausführliche Gespräche geführt hat.

Die aus Mecklenburg-Vorpommern stammende Frauenministerin hob den Mut und die Risikobereitschaft vieler Menschen und vor allem der Frauen in Ostdeutschland beim Weg in die Selbständigkeit hervor. Viele der im Buch beschriebenen Schicksale seien auch ein Beispiel für ein Zusammenwachsen von Ost und West, wenn auch manchmal mit Schwierigkeiten und Enttäuschungen.

Die Autorin des Buches, die nach eigenem Bekunden zuvor nie in den neuen Bundesländern war, hätte noch Hunderte von ähnlichen Fällen schildern können. Natürlich gebe es auch andere, weniger glückliche Menschen in den neuen Ländern, „die sich immer noch schwer tun mit ihrem grundlegend veränderten Leben, mit der neuen Freiheit und der ungewohnten Eigenverantwortung nach dem Zusammenbruch der DDR".

Zu den geschilderten Fällen gehören eine Hotelbesitzerin in Wismar, eine Optikerin im brandenburgischen Lehnin, ein Spielzeugwarenhändler in Seiffen (Sachsen), ein Klavierbaumeister in Alt-Meteln in Mecklenburg-Vorpommern und die Inhaberin eines Sanitärgroßhandels in der Stadt Brandenburg.

## Mutiger Neuanfang

Und da ist ein 54jähriger Verlagsgeschäftsführer aus Bielefeld, der Haus und Garten gegen eine 40-Quadratmeter-Mietwohnung in Leipzig eintauscht, um den ehemaligen Druckereibetrieb der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) zu übernehmen und Geschäftsführer einer Buchkunstfirma zu werden. ■

## Erstmals Anstieg der Beschäftigung

Gute Nachricht vom Arbeitsmarkt: Erstmals seit dem Zusammenbruch der maroden SED-Wirtschaft mit dem Verlust von Millionen Arbeitsplätzen melden die Statistiker wieder eine Zunahme der Beschäftigung in den neuen Bundesländern. Zwar fallen im Zuge des tiefen Strukturwandels weiterhin wettbewerbsunfähige Arbeitsplätze weg. Aber seit dem Sommer 1993 werden diese Arbeitsplatzverluste durch die Schaffung neuer, moderner Arbeitsplätze insgesamt mehr als ausgeglichen.

Von März bis September 1993 ging die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den neuen Bundesländern erstmals nicht weiter zurück, sondern nahm von 5,58 Millionen auf 5,6 Millionen leicht zu.

# Programm für mehr Beschäftigung und Wachstum

**In einem 26-Punkte-Programm hat die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) gefordert, die seit Jahren geführte Krisendebatte, die teilweise in einer Katastrophendiskussion gelandet ist, in eine Chancendebatte zu wenden.**

Wenn, nach einer Aussage von Ludwig Erhard, 50 Prozent einer guten Wirtschaftspolitik „Psychologie" sind, dürfen wir uns nicht weiterhin gefallen lassen, daß Schwarzmaler und Miesmacher die öffentliche Debatte um den Standort Deutschland bestimmen. Die Japaner haben eine einfache Managementregel: „Nur Verlierer jammern".

Auch die Tarifpolitik muß sich umstellen: Ein von den Tarifpartnern bisher nur ungenügend genutztes Instrument ist der Investivlohn. Der Streit zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, ob sich die bundesdeutsche Wirtschaft derzeit in einer Absatz- oder in einer Kostenkrise befindet, ist intellektuelle Kraftmeierei. Tatsache ist, daß bundesweite Produkte dann nicht mehr abgesetzt werden können, wenn die Kosten im eigenen Lande zu hoch sind. Folglich sind Kosten und Absatz zwei Seiten der gleichen Medaille. Investive Lohnanteile können den Ausweg aus der Kosten-Absatz-Krise zeigen.

Würden sich die Tarifpartner in den nächsten fünf Jahren auf zwei Prozent der tariflichen Lohnerhöhungen als Investivlohn einigen und diesen mit der Zweckbindung wirtschaftlicher Aufbau Ost- und Westdeutschland einsetzen, hätten wir eine zusätzliche Kapitalbildungsquelle von über 130 Mrd. DM aufgrund der Bruttolohnsumme. Über Anlagegenossenschaften könnten zukunftsfähige neue Arbeitsplätze geschaffen werden oder sanierungsfähige Industriekerne, z. B. über Wandelanleihen, an kostengünstiges Sanierungskapital gelangen.

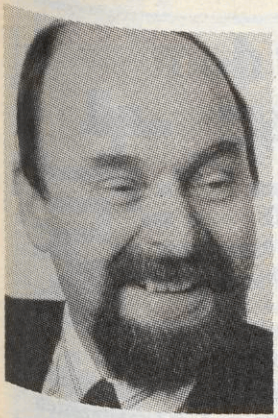
Dies hilft der Wirtschaft und nutzt den Arbeitnehmern. Sie behalten die Eigentumsrechte über das eingesetzte Kapital, eine zusätzliche Einkommensquelle, und sichern volkswirtschaftlich Arbeitsplätze.

**Von Rainer Eppelmann, dem neuen Bundesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft**

Im Interesse der Wirtschaft wäre, daß vor allem das Handwerk und die mittelständische Industrie an preiswertes Investitionskapital gelangen und so die Abhängigkeit von wenigen Kreditinstituten gemildert würde. Nach dem Beispiel der Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin müßten der Bund und die weiteren Länder in einer konzertierten Aktion Bürgschaften für das Arbeitnehmerkapital einräumen und Kapitalsammelstellen schaffen.

Daher ist ein Investivlohngesetz, das den Ordnungsrahmen für eine zweite Phase der Vermögensbildung schafft, unbedingt notwendig.

Im Treuhandgesetz wurde ein Vorkaufsrecht für ostdeutsche Belegschaften ein-



**Rainer Eppelmann: Krisenzeiten erhöhen den Druck, neue, vielleicht auch unkonventionelle Wege zu beschreiten. Diese kreative Chance der Krise wird die CDA in den nächsten Monaten verstärkt nutzen.**

geräumt. Über 300, vor allem mittelständische Betriebe, wurden über Belegschafts-Buy-Out privatisiert. Dieser Weg ist das Kontrastprogramm zum Marxismus mit seiner Ideologie der „unüberwindbaren Klassengegensätze". Letztlich, so die christliche Soziallehre, eint die Arbeit die Menschen doch mehr als daß sie sie trennt.

Zur Finanzierung der enormen Strukturaufgaben ist der Umbau des Sozialstaates unverzichtbar. Die soziale Pflegeversicherung hat gezeigt, wie schwierig es ist, Besitzstände infrage zu stellen. Wer jedoch alle Besitzstände festschreiben will, wird unfähig, das Wohlstandsgefälle zwischen den alten und den neuen Bundesländern in absehbarer Zeit und nicht irgendwann nach oben anzugleichen. Gleichzeitig zeigt die Pflegeversicherung jedoch auch, daß gerade die Union als christlich orientierte Volkspartei Sprachrohr für die Menschen sein muß, die weder Kapital noch Masse mobilisieren können, wenn es um ihre Interessen geht.

## Sozialmißbrauch beseitigen

Die Beseitigung von Sozialmißbrauch muß einhergehen mit der wirksamen Bekämpfung von Steuer- und Subventionsbetrug. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum bei den deutschen Steuerbehörden über 90 Prozent der Bruttolohn- und Gehaltssummen der abhängig Beschäftigten gemeldet sind, während die deklarierten Einkünfte aus Gewerbebetrieben, Land- und Forstwirtschaft sowie selbständiger Arbeit an den Bruttoeinkünften aus Unternehmertätigkeiten und -vermögen lediglich zu 55 Prozent den Finanzämtern bekannt sind.

Noch vor Jahren lag diese Zahl bei über 60 Prozent. Würde man wenigstens diese Quote wieder erreichen, hätte der Fiskus schätzungsweise Mehreinnahmen von 12,5 Milliarden DM.

Aus Steuern und Abgaben werden wichtige Strukturaufgaben finanziert. Sie sind faktisch der Beitrag des Bürgers für das Staatswesen mit seinen weit verzweigten Leistungen. Wer folglich Steuern unterschlägt, aber trotzdem die kollektiven Güter nutzt, ist ein „Schwarzfahrer". Bei mehr Steuerehrlichkeit könnte insgesamt die Steuerquote gesenkt werden.

## Kreative Chance der Krise

Ein weiteres Instrument hierzu wäre die Angleichung von steuerfinanzierten Sozialleistungen an das Einkommensteuersystem. Das Konzept der Negativsteuer würde zu einer massiven Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung führen. Derzeit verwalten 40 Behörden und Quasibehörden 90 verschiedene soziale Transferleistungen.

Diese zu bündeln und über eine Negativsteuer, die das Finanzamt an den Bürger zahlt — sofern das Existenzminimum nicht abgesichert ist —, neu zu organisieren, wäre eine dankbare Aufgabe, die zu mehr Effizienz und größerer Treffsicherheit im Sozialsystem führen würde. Krisenzeiten erhöhen den Druck, neue, vielleicht auch unkonventionelle Wege zu beschreiten. Diese kreative Chance der Krise wird die CDA in den nächsten Monaten verstärkt nutzen. ■

# Verantwortung gegenüber dem Investitionsstandort Deutschland

**Zum 26-Punkte-Programm der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft der CDU (CDA) für mehr Beschäftigung und Wachstum und zur Stärkung des Standortes Deutschland erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Haungs:**

Die Christlich-Demokratische-Arbeitnehmerschaft (CDA) hat ein Programm zur Stärkung des Standortes Deutschland beschlossen, das sich weitgehend in das „Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung" und das Programm zur „Zukunftssicherung des Standortes Deutschland" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung einfügt.

Wenngleich einige Forderungen der CDA von denen der Bundesregierung abweichen, ist allen diesen Programmen das klare Bewußtsein für die Verantwortung gegenüber dem Investitionsstandort Deutschland sowie seinen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam. In ihnen wird auch die Bejahung der Zukunftschancen des Wirtschaftsstandortes Deutschland deutlich.

In der Umsetzung der von Koalition und Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen liegen erhebliche Chancen und gute Perspektiven für den Standort Deutschland und damit für den Arbeitsmarkt.

Insbesondere im Bereich der wirtschaftspolitischen Maßnahmen zeigt sich, daß eine breite Zustimmung der CDA zur Politik der Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung besteht. So werden beispielsweise eine besondere Förderung des Handwerks und des Mittelstandes sowie die Überarbeitung der Besteuerungspraxis für reinvestierte Gewinne als notwendig angesehen. Die Basis dafür wurde von der Regierungskoaliton u.a. bereits mit dem Ausbau des Eigenkapitalhilfe-Programms und des ERP-Programms, aber auch mit den Unternehmenssteuerreformen geschaffen.

Ebenso klar werden die Forderungen nach Flexibilisierung der Arbeitszeiten (Teilzeitarbeit) erhoben. Diese Erkenntnis ist richtig und hat sich mittlerweile auch in der tariflichen Praxis erfolgreich durchgesetzt, wie man beispielsweise bei Volkswagen in Wolfsburg sehen kann. Die Bundesregierung hat die Rahmenbedingungen in diesem Bereich bereits erheblich verbessert.

## Wahlkampf-Argumente

Ein weiterer Schwerpunkt des CDA-Programms ist die Finanzpolitik, und hierbei insbesondere die Steuerpolitik. Wir unterstützen die Forderungen nach Bekämpfung von Steuerhinterziehung ebenso wie die nach Mißbrauchsbekämpfung im Sozialleistungsbereich. Die im internationalen Vergleich überproportionale Belastung der Unternehmen durch überhöhte Lohnnebenkosten muß konsequent zurückgeführt werden.

Die Forderungen zur Tarif- und Arbeitsmarktpolitik in bezug z.B. auf § 249 h Arbeitsförderungsgesetzes wurden von

der Koalitionsregierung im „Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ ebenfalls aufgegriffen. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind weiter verbessert worden. Dies gilt sowohl für die alten wie für die neuen Bundesländer.

In einigen Punkten besteht noch Diskussionsbedarf mit der CDA. Im Programm der CDA kommen z.B. Vorschläge zur Deregulierung, die aus Sicht der Wirtschaftspolitik von größter Bedeutung sind, zu kurz. Bei der Sonntagsarbeit haben wir uns auf eine für alle akzeptable Linie geeinigt.

Insgesamt zeigt das Papier der CDA, daß innerhalb der CDU/CSU eine breit angelegte und ergiebige Diskussion über Möglichkeiten der Überwindung der strukturellen Krise geführt wird und möglich ist. Die hierbei erarbeiteten, innovativen Vorschläge und Lösungen werden auf Dauer die Zukunft Deutschlands als Wirtschaftsstandort und Sozialstaat absichern.

## Trendwende: Immer mehr ziehen in den Osten

**Immer weniger Ostdeutsche ziehen in den Westen, immer mehr Westdeutsche verlegen ihren Wohnsitz in die neuen Länder: Bei der Binnenwanderung zwischen Deutschland Ost und und Deutschland West bahnt sich eine Trendwende an.**

Siedelten 1990 noch 395.343 Personen von Ost nach West über, so waren es 1992 nur noch rund die Hälfte. Demgegenüber fanden 1992 schon 111.345 Menschen ein neues Zuhause in Ostdeutschland — mehr als dreimal soviel wie zwei Jahre zuvor. In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres verstärkte sich dieser Trend noch: Bis Ende Juni 1993 registrierte das Bundesamt für Statistik in Wiesbaden 88.677 Abwanderungen aus dem Osten.

# Aufguß alter Positionen

**Zu den Forderungen aus der SPD nach einer Mineralölsteuererhöhung erklärte das Mitglied des Bundesvorstandes, Bundesminister Matthias Wissmann:**

Was die SPD in ihrem Wahlkampfprogramm als „eine neue Verkehrspolitik“ verkauft, ist nichts anderes als ein Aufguß alter Positionen der Sozialdemokraten in einer neuen, ansehnlicheren Verpackung. Wer das Päckchen öffnet, dem wird schnell klar, daß es der SPD wie immer nur darum geht, den Autofahrer abzukassieren und mit immer neuen Verboten zu gängeln.

Nirgends offenbart sich die SPD besser als Verpackungskünstler als bei der Mineralölsteuer. So heißt es im Wahlprogramm reichlich unpräzise und dennoch unmißverständlich: „Kfz- und Benzinsteuer decken nur einen Teil der gesellschaftlichen Kosten des automobilen Verkehrs einschließlich seiner Umweltschäden. Den Rest zahlt die Allgemeinheit. Das kann so nicht bleiben.“ So, so, wenn die Mineralölsteuer nicht so „bleiben“ kann, was ist das anderes, als die Ankündigung einer Mineralölsteuererhöhung. Die SPD spricht es zwar nicht aus, aber gibt doch überdeutlich zu verstehen, was sie meint.

Und nur wenige Tage, nachdem das Programm präsentiert ist, äußert sich der im SPD-Wahlkampfteam für Verkehr zuständige Christoph Zöpel in der Frankfurter Rundschau: „Wenn wir den Bürgern attraktive Alternativen zum Auto anbieten wollen, brauchen wir zusätzliches Geld, und das läßt sich nur über die Mineralölsteuer hereinbringen (...) Bei einem vernünftigen Mittelkurs könnte man aber mit 15 bis 20 Pfennig Aufschlag auskommen.“ ■

## Deutschland im Dunkeln:

# SPD und Grüne halten am Kernenergieausstieg fest

**In Deutschland sollen die Lichter ausgehen: Die SPD fordert — ebenso wie die Grünen — den Ausstieg aus der Kernenergie. 34 Prozent der Stromversorgung in Deutschland — in den alten Bundesländern fast 40 Prozent — werden durch Atomenergie gedeckt. Die Folgen eines Ausstiegs auf die wirtschaftliche Entwicklung und damit den Arbeitsmarkt, auf Umwelt und Natur wären katastrophal:**

### Verbraucher und Industrie zahlen die Zeche

Als Ersatz für die abgeschalteten Kernkraftwerke müßten 32 neue Steinkohlekraftwerke gebaut werden. Kernenergie ist aber fünf Pfennig je Kilowattstunde billiger als die Nutzung von Kohle. Die Kosten eines Sofortausstiegs würden sich daher auf 330 Milliarden DM belaufen. Das ist mehr als die gesamte Straßenfahrzeugbauindustrie mit 878.000 Beschäftigten in einem Jahr umsetzt. Diese Summe müßten die Stromkunden — die privaten Haushalte und Unternehmen — aufbringen.

Schon jetzt muß aber die deutsche Industrie für Strom sechs bis acht Pfennig mehr pro Kilowattstunde als ihre Konkurrenz in den Nachbarländern zahlen. Ein Ausstieg aus der Kernenergie und die damit verbundenen höheren Kosten würden die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nachhaltig schwächen.

Erneuerbare Energien wie zum Beispiel Solar- oder Windkraftanlagen könnten den Strombedarf nicht decken. Abgesehen von den Kosten: Deutschland ist eben keine besonders sonnen- oder windreiche Region.

### Arbeitslos durch Ausstieg

Der Ausstieg aus der Kernenergie würde direkt rund hunderttausend hochqualifizierte Arbeitsplätze bei Kraftwerkbetreibern, Kraftwerkbauern und denen ihnen angeschlossenen Zulieferbetrieben kosten. Ein Industriezweig, der heute weltweit führend ist, wäre dem Untergang preisgegeben. Der Verlust an technischem Know-how hätte zugleich weltweit Auftragseinbußen zu Folgen, die einen nicht wiedergutzumachenden Imageverlust der Technologie-Nation Deutschland bedeuten würden.

### Klima-Gau

Die CDU-geführte Bundesregierung will erreichen, daß bis zum Jahre 2005 mindestens 25 Prozent des Treibhausgases $CO_2$ weniger ausgestoßen werden als heute. Dies wäre bei einem Ausstieg aus der Kernenergie nicht mehr zu erreichen. Durch deutsche Kernkraftwerke wird jährlich die Emission von rund 150 Millionen Tonnen Kohlendioxyd verhindert. Energiesparmaßnahmen allein reichen nicht aus, um ähnliche Ergebnisse zu erzielen. Im Gegenteil: Andere Schadstoffe würden wieder zunehmen, da konventionelle Kraftwerke den Strombedarf decken müßten. So würde sich beispielsweise der Ausstoß von Schwefeldioxyd um 140 000 Tonnen jährlich erhöhen.

## Daten des Gesundheitswesens in Neuauflage

**2,5 Millionen Menschen arbeiten im Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland. Für Gesundheit wurden 1992 in Deutschland 410 Mrd. DM ausgegeben.**

Damit ist der Beitrag des Gesundheitssektors zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung größer als der Beitrag des Maschinenbaus oder des Straßenfahrzeugbaus. Diese und andere Informationen bietet die neue Ausgabe des Bandes „Daten des Gesundheitswesens", der jetzt als Band 25 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit erschienen ist.

Gegenüber der Ausgabe 1991 sind wesentlich mehr Daten, vor allem für die neuen Länder, verarbeitet. Sie lassen erkennen, daß im Gesundheitsbereich der Einigungsprozeß weit fortgeschritten ist. Die Bürger der ehemaligen DDR hatten allerdings gegenüber den Westdeutschen eine um mehr als zwei Jahre geringere Lebenserwartung. Dieser Rückstand wird nur allmählich verschwinden, weil zurückliegende Gesundheitsschäden nachwirken. Die Rate der Selbsttötungen in den neuen Ländern ist — anders als oft behauptet — seit 1989 von 26,1 je 100 000 Einwohner auf 21,3 im Jahr 1992 gesunken.

Für die Ausgabe 1993 wurden zusätzliche Tabellen zum Gesundheitszustand (Blutdruck, Cholesterin, Gewicht) aufgenommen. Erstmals wird auch über die Mundgesundheit und das aktuelle Thema „Pflege" berichtet. Darüber hinaus informiert die neue Ausgabe wie gewohnt über den Versicherungsschutz und die finanziellen Aufwendungen für die verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens und über die Altersstruktur der Bevölkerung.

***Das Buch erscheint beim Nomos-Verlag und ist im Buchhandel für 57 DM erhältlich. Es kann aber auch direkt beim Verlag bestellt werden: Nomos-Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Postfach 610, 76486 Baden-Baden, Tel. (07221) 21040.***

Über ein Jahrzehnt fortschrittliche Umweltpolitik und Klimaschutz wäre umsonst.

In Schleswig-Holstein zeigt die SPD-Landesregierung recht eindrucksvoll, wie teuer der „ausstiegsorientierte Vollzug des Atomgesetzes" den Verbraucher zu stehen kommt. Die Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel stehen zur Zeit still. Die Konsequenz: Jeder Einwohner in Schleswig-Holstein zahlt im Monat knapp 10 DM für die Stillegung — insgesamt wird der Landesetat monatlich mit 25 Mio. DM belastet. Überdies gelangen eine Million Tonnen $CO_2$ überflüssigerweise in die Atmosphäre.

**Die CDU dagegen steht für eine umweltschonende, effiziente wettbewerbs- und zukunftsorientierte Energiepolitik.**

In den nächsten Jahrzehnten bleibt die intelligente und verantwortungsbewußte Nutzung fossiler Energien und ein in einigen Regionen absehbarer weiterer Ausbau der Kernenergie Grundlage für die Gewährleistung einer umweltsicheren und umweltverträglichen Energieversorgung. ■

## SPD bedroht landwirtschaftliche Existenzen:

# Schweinepest nicht energisch bekämpft

**Der niedersächsische SPD-Agrarminister Karl-Heinz Funke setzt die Existenz von Tausenden Landwirten aufs Spiel: Mit seiner laxen Seuchenbekämpfung führt er die niedersächsischen Bauern an der Nase herum und gefährdet alle Schweinehalter in Deutschland. Aus Niedersachsen dürfen derzeit keine Schweine in andere Regionen Deutschlands geliefert werden, geschweige denn in andere EU-Mitgliedstaaten. Dies geht eindeutig auf das Konto der SPD-Landesregierung.**

Seit Herbst 1993 sind in der Bundesrepublik immer wieder Schweinepestfälle aufgetreten. Als einziges Bundesland hat Niedersachsen die Schweinepest nicht in den Griff bekommen. Der Grund: unzureichende Transportkontrollen. In diesen Tagen sind erneut Erkrankungen festgestellt worden. Nun ist auch in Sachsen ein Schweinepestfall aufgetreten, weil Schweine aus verseuchten niedersächsischen Gebieten illegal dorthin eingeführt worden sind. Der sächsische Landwirtschaftsminister Dr. Rolf Jähnichen hat daraufhin schärfere Kontrollen gefordert.

Nur hartes Durchgreifen hilft gegen die Schweinepest — auch wenn dies bitter für die betroffenen Landwirte sein kann.

In der Europäischen Union gibt es einheitliche Richtlinien der Schweinepestbekämpfung. Diesen haben alle für die Tierseuchenbekämpfung zuständigen Bundesländer — auch Niedersachsen mit seinem Minister Funke — zugestimmt. Sie sehen vor: Tötung der befallenen Bestände und Bildung von Sperrbezirken um das betroffene Gehöft.

Wenn die Maßnahmen nicht greifen oder nicht korrekt durchgeführt werden, kann die Europäische Kommission eine schärfere Gangart einlegen. Und diese reicht bis zum generellen Handelsverbot für lebende Schweine. Genau dies ist in Niedersachsen passiert. Die SPD-Landesregierung versucht sich mit Vorwürfen gegen Bonn und gegen Brüssel aus der Verantwortung zu stehlen. Statt endlich zur Tat zu schreiten, kündigte Landwirtschaftsminister Funke zunächst an, die von der Europäischen Kommission verhängten Maßnahmen nicht umsetzen zu wollen.

Mit seinen lautstarken Tönen fand er weder in Bonn noch bei seinen SPD-Kollegen Zustimmung. Er hat damit lediglich

**Nur eine solide Politik hilft der deutschen Landwirtschaft.**

abermals die niedersächsischen Landwirte getäuscht und verunsichert und letztlich auch die Existenz aller deutschen Schweinehändler in Frage gestellt. Denn der Zick-Zack-Kurs von Minister Funke in der Seuchenbekämpfung kann dazu führen, daß ganz Deutschland zum Sperrgebiet erklärt wird.

Dazu Bundeslandwirtschaftsminister Borchert: „Es ist schon schlimm, wenn das unzureichende Durchgreifen des Landwirtschaftsministers Funke jetzt die Bauern in ganz Niedersachsen belastet. Tragisch wäre, wenn Herr Funk, der mit seinen undurchdachten Ankündigungen die Tragweite seiner Verweigerungshaltung wohl nicht überblickt, nunmehr alle

## Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Kunst, andere zu überzeugen, ist eine Schlüsselfertigkeit, um an politischen Kommunikationsprozessen aktiv teilzuhaben. — Eine alte Einsicht, die stets neu fordert.

Das Bildungszentrum Schloß Eichholz lädt daher immer wieder ein zu

**Trainings zur politischen Kommunikation.**

Die Veranstalter über die Arbeitsschwerpunkte:

- Wir erarbeiten mit Ihnen konkrete Argumentationstechniken und ihre Umsetzung. Wir zeigen Ihnen, wie Sie Ihr Image als politischer Funktions- und Mandatsträger verbessern können.
- Wir machen Sie mit den Regeln und Instrumenten einer wirksamen kommunalen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vertraut.

Zwei Veranstaltungen als Beispiele:

- Veranstaltung Nr. 102: Kommunale Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, 6. bis 8. Mai 1994.
- Veranstaltung Nr. 145: Rhetorik für die politische Praxis, 24. bis 25. Juni 1994.

Weitere Informationen/ Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung**
**Bildungszentrum**
**Schloß Eichholz**
**Postfach 1331**
**50387 Wesseling**

deutschen Schweineerzeuger mitbelastet."

Die CDU steht dagegen für eine konsequente Politik der Seuchenbekämpfung: Umsetzung der Maßnahamen der Europäischen Union, genaue Kennzeichnung der Tiere in den Sperr- und Beobachtungsgebieten mit farbigen Ohrmarken sowie schärfere Kontrollen des Tiertransportes.

Die betroffenen Bauern erhalten Beihilfen von 2,47 DM/kg Schlachtgewicht für Mastschweine, 65,92 DM für Jungferkel und 82,42 DM für schwerere Ferkel. Dies entspricht etwa den Marktpreisen. Überdies hat Bundeslandwirtschaftsminister Borchert ein Angebot der landwirtschaftlichen Rentenbank für zinsverbilligte Darlehen initiiert, um finanzielle Engpässe beim Wiederbeginn der Produktion zu überbrücken.

Nur wenn Niedersachsen endlich seine Verantwortung wahrnimmt, kann die Europäische Union die Sanktionen zurücknehmen. EU-Agrarkommissar René Steichen hat Bundeslandwirtschaftsminister Borchert bereits zugesagt, daß der ständige Veterinärausschuß der Europäischen Union seine Maßnahmen dann überprüfen wird.

Die CDU denkt in die Zukunft. Um die Schweinepest auch langfristig aus Deutschland zu verbannen, setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- Entwicklung eines markierten Impfstoffes,
- Kontrolle und Einschränkung des Gülletourismus,
- Stärkung von festen Vertragsbeziehungen zwischen Ferkelerzeugern und Schweinemästern,
- konsequente Bekämpfung der Wildschweinepest. ■

# Entspannungstendenzen auf den Wohnungsmärkten nicht zu leugnen

**Zur Vorlage des Wohngeld- und Mietenberichts 1993 durch die Bundesregierung erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:**

Die Koalition aus CDU/CSU und FDP hat in den beiden letzten Legislaturperioden die Steigerung des Wohnungsneubaus zur Hauptaufgabe ihrer Wohnungspolitik für Westdeutschland gemacht. Daß sich hier der Himmel mittlerweile aufgehellt hat, das zu bestreiten, wird auch der parlamentarischen Opposition angesichts des erreichten Niveaus bei Fertigstellungen und Baugenehmigungen immer schwerer fallen.

Der Bürger jedenfalls würde sich sonst verwundert fragen, wieso sich die Bauminister in den Landesregierungen — im Westen mit einer Ausnahme alle der SPD zugehörig — lautstark und medienträchtig der boomenden Wohnungsbautätigkeit in ihrem Lande brüsten, deren Parteifreunde in Bonn aber diese Erfolge zu einem bundesweiten Katastrophengemälde ummalen wollen.

Die von der Bundesregierung in ihrem Wohngeld- und Mietenbericht dargelegten Entspannungstendenzen auf den Wohnungsmärkten sind nicht zu leugnen, wenngleich ich vor einer Überbewertung einer solchen Globalaussage warnen möchte. Sicherlich sind hier differenzierendere Betrachtungen vonnöten, etwa zwischen Ballungsgebieten und weniger verdichteten Gebieten, auch etwa nach Wohnungsausgestaltung und Wohnungsnachfrage-Gruppen.

Es bleiben aber zwei Feststellungen in diesem Bericht wichtig, die schon den Blick auf die Wohnungsbaupolitik der Unionsfraktion in der nächsten Wahlperiode lenken:

**Erstens:** Ein Abbau der Wohnungsengpässe wird nur dann gelingen, wenn das jetzt erreichte Neubauniveau über mehrere Jahre gehalten werden kann.

**Zweitens:** Strangulierende Eingriffe in die Mietpreisbildung und in das ausgewogene Kündigungsschutzrecht würden eine Angebotsausweitungs-Politik mit langem Atem konterkarieren. Wir werden uns deshalb an solchen populistischen Wahlverlockungen nicht beteiligen.

## Informationsmaterial zum „Superwahljahr"

Zum „Superwahljahr" hat die Bundeszentrale für politische Bildung eine große Zahl von Publikationen und Materialien herausgegeben, die als Grundinformation z.T. für alle Wähler kostenlos zur Verfügung stehen. Dazu gehört insbesondere ein „Info-Aktuell", Umfang 24 Seiten, Gesamtauflage 125 Mio., das alle zentralen Aspekte des Themas Wahlen allgemein behandelt. Spezielle Informationsangebote richten sich darüber hinaus an Schulen und an Journalisten (Handbuch Wahlen).

**Weitere Informationen erhalten Sie bei der Bundeszentrale für politische Bildung Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn, Telefon 515 211 oder 515 246.**

# Bundesministerium für Familie und Senioren

## Ratgeberbroschüre „Sicherheit für Senioren – Gegen Angst und Gewalt“

Wie können sich ältere Menschen vor Kriminalität und Gewalt schützen? Was können ältere Frauen und Männer tun, wenn sie Opfer einer Gewalttat geworden sind? Konkrete Ratschläge und Hilfestellung zu diesen Fragen gibt die vom Bundesseniorenministerium herausgegebene Broschüre „Sicherheit für Senioren — Gegen Angst und Gewalt“, die Seniorenministerin Hannelore Rönsch am 24. März in Bonn vorgestellt hat.

„Leider fühlen sich ältere Menschen immer mehr durch Kriminalität bedroht und verunsichert. Dies führt teilweise so weit, daß sie ihre Wohnung kaum noch verlassen und sich in ihrem Leben stark einschränken“, erläutert Ministerin Rönsch. Und weiter: „Wir müssen deshalb mehr denn je dafür sorgen, daß Seniorinnen und Senioren sich in ihrem Lebensumfeld sicher fühlen können. Es darf nicht sein, daß Ältere auf soziale Aktivitäten verzichten, weil sie sich unsicher oder bedroht fühlen.“

### Konkrete Hilfen aufgezeigt

Die vom Bundesministerium für Familie und Senioren herausgegebene Broschüre zeichnet ein realistisches Bild von Gefährdungen. Sie informiert darüber, in welchen Bereichen ältere Menschen besonders von Gewalt und Kriminalität betroffen sind. Sie gibt Ratschläge, wie sich ältere Menschen vor kriminellen Übergriffen schützen können, wo Ängste besonders berech-

tigt sind und wie man mit Ängsten umgehen kann. Schließlich werden konkrete Hilfen aufgezeigt für jene Älteren, die Opfer von Gewalttaten geworden sind. Adressaten der Veröffentlichung sind ältere Menschen selbst, aber auch Verbände, Kirchen und Seniorenorganisationen. Die Ratgeber-Broschüre kann und will die Arbeit der Polizei vor Ort nicht ersetzen, sondern unterstützen.

**Erhältlich beim Bundesministerium für Familie und Senioren, Pressereferat, Godesberger Allee 140, 53175 Bonn, Telefon (0228) 306-2231 und 306-2233.**

## Bildungspolitik und europäische Integration

# Europa braucht Kenntnisse und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt

**Auf seiner Sitzung am 7. März hat der Bundesfachausschuß „Kulturpolitik" einen Beschluß zur europäischen Bildungspolitik verabschiedet. Hierzu erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Georg Gölter:**

1. Das vereinigte Europa kann nur Wirklichkeit werden, wenn es gelingt, die europäische Jugend für Europa zu gewinnen. Unser Bildungssystem muß nicht nur „europäische Kompetenz" im Sinne von Kenntnissen vermitteln. Es muß auch verdeutlichen, daß es zu dem vereinigten Europa als dem Weg zu Frieden und Wohlstand keine Alternative gibt.

2. Die europäische Einigung ist zusammen mit der inneren Gestaltung der deutschen Einheit die große Herausforderung für unser Bildungssystem; sie ist die Bewährungsprobe für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit nationaler Bildungssysteme. Bei dem weiteren Weg der europäischen Integration geht es in der Bildungspolitik nicht um Anpassung, sondern um inhaltliche Weiterentwicklung, gegenseitige Anregung, von einander Lernen und Förderung der kulturellen Gemeinsamkeit. Die CDU tritt dafür ein, daß sich die nationalen Bildungssysteme öffnen, durchlässig werden und in einen Wettbewerb um Leistungsfähigkeit eintreten. Das vereinbarte Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU muß auch auf dem Sektor der Bildung zum Tragen kommen.

3. Der Vertrag von Maastricht (Art. 126 und 127) schafft die Rechtsgrundlage für eine verbesserte bildungspolitische Zusammenarbeit der EU-Staaten. Die CDU begrüßt, daß der Maastrichter Vertrag das Subsidiaritätsprinzip verankert. Die Verantwortung für die Kulturpolitik obliegt somit weiterhin den EU-Mitgliedsstaaten. Die bildungspolitischen Aktivitäten der Gemeinschaft müssen darauf zielen, durch inhaltlichen Wettbewerb und Austausch eine gemeinsame europäische Perspektive für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu erarbeiten. Ohne Wissen über die Geschichte, die Kultur, die Traditionen der Nachbarstaaten, ohne die Beherrschung von Fremdsprachen kann Europa nicht zusammenwachsen. In dem Maße, wie Kultur- und Bildungspolitik, anknüpfend an lokale, regionale und nationale Erfahrungen, personelle Identität fördert, hilft Bildungspolitik jungen Menschen, sich mit der Zielsetzung der europäischen Integration zu identifizieren.

4. Die Ausbildungszeiten in der Bundesrepublik Deutschland sind im europäischen Vergleich zu lang — dies bedeutet Nachteile für junge Menschen wie für die Wirtschaft. In unserem gesamten Bildungswegen sind deshalb Konzentration der Inhalte und Straffung der Arbeit unverzichtbar. Wir treten für eine Verkürzung der gymnasialen Schulzeit, für eine Straffung der Ausbildungs- und Studienzeiten ein.

5. Die Länder haben in der Kultusministerkonferenz in den Jahren 1978 und 1988 eine Vertiefung der europäischen Dimension im Unterricht gefordert. Von einer Umsetzung ist allerdings bis heute in den Lehrplänen und im Schulalltag zu

wenig zu spüren. Die CDU fordert, daß das Thema „Europa" im Unterricht stärker als bisher berücksichtigt wird. Geschichtskenntnisse, Einbeziehung der Landeskunde, vor allem der unmittelbaren Nachbarn, ist die Voraussetzung der Entwicklung eines grenzüberschreitenden europäischen Bewußtseins. Der Austausch von Schülern und Lehrern, Auszubildenden und Ausbildern sowie Studenten und Dozenten muß intensiviert werden.

Die CDU fordert, daß grenzüberschreitende Schulpartnerschaften ausgebaut und gepflegt werden. Die Schulverwaltungen der Länder müssen sich deshalb stärker als bisher um die Vermittlung von Schulpartnerschaften bemühen. Dabei sind regionale Gegebenheiten, bestehende Städtepartnerschaften oder wirtschaftliche Verbindung zwischen Heimatregionen und Regionen eines anderen Mitgliedslandes besonders zu berücksichtigen.

Die Länder und die Selbstverwaltung der Wirtschaft sind aufgerufen, die bislang unterentwickelten Kontakte auf dem Feld der Berufsausbildung auszubauen und dadurch auch Anreize zu vergrößern, Elemente dualer Berufsausbildung in anderen EU-Staaten zu übernehmen.

**6.** Hochschule und Wissenschaft haben eine besondere Verantwortung, durch Austausch und Zusammenarbeit einen speziellen Beitrag zur europäischen Einigung, zum gemeinsamen europäischen Markt und zur schrittweisen Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Länder in die Europäische Gemeinschaft zu leisten. Wissenschaft braucht internationale Zusammenarbeit. Hierzu gehören ein breiter Studentenaustausch, eine Intensivierung des Austauschs von Hochschullehrern und Wissenschaftlern.

Über die vorhandenen Angebote hinaus müssen weitere integrierte Studiengänge entwickelt, an ausländischen Hochschulen erbrachte Studiennachweise anerkannt, spezifisch europäisch ausgeprägte Abschlüsse angeboten und die Voraussetzung für die Wahrnehmung solcher Angebote verbessert werden.

**7.** Die gegenseitige Anerkennung der Berufsbildungsabschlüsse ist Voraussetzung der Mobilität im vereinten Europa. Das Entsprechungsverfahren der beruflichen Befähigungsnachweise wurde durch die grundlegende Entscheidung des Ministerrates im Jahr 1985 geregelt, um die Freizügigkeit und Mobilität der Arbeitnehmer in Europa zu erleichtern. 1992 wurde eine Richtlinie zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise in Ergänzung zur Anerkennung von Hochschuldiplomen für die Gemeinschaft beschlossen. Dennoch existieren in der beruflichen Praxis mannigfaltige Probleme.

Die CDU plädiert für unbürokratische wechselseitige Anerkennung der jeweiligen Berufsbildungsabschlüsse bei Nachweis der Ausbildungszeiten und -inhalte. Das theoretische Recht auf Freizügigkeit nutzt jungen Europäern wie Unternehmen wenig, wenn vor Ort kleinliche Hindernisse aufgebaut werden. Die CDU unterstützt die Initiative der Bundesregierung, künftig aussagefähige Dokumentationen über die jeweiligen nationalen Abschlüsse zu erstellen. Durch diese Dokumentationen soll einem Arbeitnehmer die Chance gegeben werden, bei einer Bewerbung im Bereich der EU die eigenen beruflichen Kompetenzen so zur Geltung zu bringen, daß sie für ausländische Unternehmen und Betriebe, die über Einstellungen zu befinden haben, verständlicher sind.

**8.** Die CDU begrüßt die Aktionsprogramme der EU, die auf Intensivierung des Austauschs der gegenseitigen Kenntnisse zielen. Die hohe Beteiligung an den

# Wichtiger Hinderungsgrund für die EU-Erweiterung ausgeräumt

**Zum Treffen der EU-Außenminister am 26./27. März in Griechenland erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außenpolitik Elmar Brok:**

Im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union konnte ein wichtiger Streitpunkt geklärt werden. Die bisher notwendige Mindestanzahl von 23 Stimmen zur Verhinderung einer EU-Richtlinie oder -Verordnung wird mit der EU-Erweiterung auf 27 Stimmen erhöht. Die CDU begrüßt, daß sich die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten in dieser Frage gegen den erbitterten Widerstand seitens Großbritanniens und Spaniens durchgesetzt hat. Weiterhin begrüßen wir, daß der Außenministerrat unter Hinweis auf die Geschäftsordnung des Rates und auf einen „vernünftigen Zeitrahmen" einen Beschluß gefaßt hat, der besagt, daß mit 23 Stimmen die Entscheidung über eine EU-Richtlinie oder -Verordnung um ca. 6 Wochen vertagt werden kann. Dies entspricht bereits der heutigen Praxis. Mit dieser Entscheidung ist für das Europäische Parlament ein entscheidender Grund für eine Nicht-Ratifizierung der Beitrittsverträge entfallen.

Wir halten es jedoch für notwendig, daß bei der Regierungskonferenz 1996 in der Frage des Abstimmungsverfahrens des Rates weitere Fortschritte erzielt werden, um so die Handlungsfähigkeit einer Europäischen Union der 16 und mehr sicherzustellen.

## Nachdrücklich begrüßt

***Bundeskanzler Helmut Kohl hat nachdrücklich begrüßt, daß alle Partner in der Europäischen Union den Vorschlag angenommen haben, den die griechische Präsidentschaft beim informellen Außenministertreffen in Ioannina am 27. März zur Frage der Sperrminorität in einer erweiterten Union unterbreitet hat: Der gefundene Kompromiß entspreche der ständigen Praxis, für umstrittene Fragen Lösungen zu entwickeln, die den Interessen aller Beteiligten und dem Gemeinschaftsinteresse gerecht werden.***

EU-Programmen für Schüler, Auszubildende, Studenten und Wissenschaftler zeigt, daß die Menschen eine europäische Kulturgemeinschaft bejahen. Die Aktionsprogramme fördern nicht nur Informations- und Erfahrungsaustausch, sie begünstigen Innovationen, geben neue Impulse und verbessern die Mobilität von Lernenden und Lehrenden. Die CDU unterstützt die Förderung der Entwicklung der Fernlehre (Maastricht-Vertrag Art. 126,2). Der Fernunterricht z. B. an Fernuniversitäten bietet mit seinen flexiblen Möglichkeiten die Gelegenheit, das Ausbildungsangebot in der Gemeinschaft der Mitgliedsstaaten zu vervollständigen, insbesondere für Interessenten, die das traditionelle Ausbildungssystem — aus welchen Gründen auch immer — nicht erfolgversprechend nutzen können. Die CDU fordert, daß diese zukunftsweisenden Aspekte in der Haushaltsgestaltung der Europäischen Union in Zukunft eine stärkere Bedeutung erhält. ■

# SPD will den im Maastrichter Vertrag vereinbarten Sparkurs unterlaufen

**Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Europapolitik und der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Günter Rinsche, erklärte zum europapolitischen 10-Punkte-Programm der SPD, das am 30. März in Bonn vorgestellt wurde:**

Während der SPD-Chef Rudolf Scharping beteuert, eine SPD-geführte Regierung wolle sparen, fordert seine Stellvertreterin Heidemarie Wieczorek-Zeul in ihrem europapolitischen 10-Punkte-Programm, daß die im Maastrichter Vertrag festgelegten Zeitpläne für die Stabilisierungsprogramme zur Konsolidierung der nationalen Haushalte zugunsten der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zurückstehen müßten. Konkret heißt das: neue Milliarden für Ausgabenprogramme und eine Abkehr vom Spar- und Konsolidierungskurs der CDU-geführten Bundesregierung, der im Maastrichter Vertrag für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlich vereinbart wurde.

Die SPD hat nichts dazu gelernt:

- Immer noch betreibt sie ein doppeltes Spiel: sich zwar verbal zu Europa zu bekennen, aber eine Politik anzustreben, die Deutschland in Europa isolieren und die europäische Einigung gefährden würde.
- Immer noch hält sie an ihrer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik der 70er Jahre fest. Staatliche Ausgabenprogramme bewirken nur ein kurzfristiges Strohfeuer und bedeuten mittelfristig höhere Steuern, höhere Inflationsraten und höhere Zinsen, die Gift für die sich abzeichnende Wirtschaftserholung und damit für neue, zukunftsträchtige und gut bezahlte Arbeitsplätze wären.

Nur eine CDU-geführte Bundesregierung und nur eine christdemokratische Mehrheit im Europäischen Parlament und in der vom Parlament mitgewählten Europäischen Kommission garantieren eine solide Politik in Deutschland und Europa.

## Europa – Handreichung des KPV-Bildungswerks NRW

Rechtzeitig zur Europawahl 94 hat das Bildungswerk der KPV-Nordrhein-Westfalen eine Handreichung „Europa für Kommunalpolitiker" (335 Seiten) herausgebracht.

Sie wendet sich vor allem an Lokalpolitiker und Beschäftigte in den Kommunalverwaltungen, ist aber auch für andere Europainteressierte lesenswert.

In 24 kurzen und prägnanten Beiträgen und einem Vorwort von Bundeskanzler Helmut Kohl sind alle wichtigen Bereiche der Europapolitik, die für die Kommunen von Bedeutung sind, abgehandelt.

**Exemplare können zum Stückpreis von 10 DM (ab 5 Exemplare: 8 DM) bezogen werden beim: KPV-Bildungswerk Limperstraße 40 45657 Recklinghausen Fax (0 23 61) 58 99 50**

# Für eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft

**Wenn wir die Jahre seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland Revue passieren lassen, stellen wir unbestreitbar fest: Die Soziale Marktwirtschaft gilt weit über Deutschland hinaus als eine der erfolgreichsten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Sie hat einen entscheidenden Beitrag zur Veränderung und Gestaltung nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und in der Welt geleistet.**

Die Zweiteilung in Freiheit und Unfreiheit, in marktwirtschaftliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einerseits und sozialistische Planwirtschaften andererseits ist überwunden. Doch ist sie das dauerhaft? Wächst nicht bereits in Teilen unserer Gesellschaft wieder die Neigung, einer „an sich guten Idee" nachzuweinen und Unzulänglichkeiten in unserer derzeitigen Wirtschaft und Gesellschaft gerade dem Ordnungssystem anzulasten, das unbestreitbar die Wiege für die gesamten Erfolge war?

Und deshalb ist es eine Daueraufgabe, so hat sie auch Müller-Armack gesehen, sich nicht mit unbestreitbaren Erfolgen unserer Wirtschaftsordnung zufrieden zu geben, sondern die Soziale Marktwirtschaft mit neuen Ansätzen in eine nächste Phase, ja ins 21. Jahrhundert zu überführen.

Damals ist es gelungen, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sowohl theoretisch zu unterfüttern als auch praktisch in gesetzliche Rahmenbedingungen und Anreize zu überführen, die dieses Modell für alle erfahrbar machte und mit praktischem Leben erfüllt. „Wir stehen an einer Wegscheide. Die Begrenztheit der wirtschaftlichen, der sozialen und der Umweltnutzungsmöglichkeiten ist nunmehr ebenso sichtbar wie deren Abhängigkeit voneinander. Aus dieser existentiell bedrohlichen Situation gibt es nur dann einen wirklichen Ausweg, wenn Ökonomie, Ökologie und sozialer Ausgleich als Einheit begriffen werden, wenn politisches wie wirtschaftliches Handeln künftig alle drei Aspekte gleichermaßen ins Kalkül einbezieht, statt sie gegeneinander auszuspielen." (So Bonus, Dahlmanns, Meissner und Walter in einer

**Von Christa Thoben**

gemeinsamen „Denkschrift" zum Thema: Elemente ökologisch-sozialer Marktwirtschaft )

Wir haben auf unserem Bundesparteitag in Hamburg davon gesprochen, daß wir die Soziale Marktwirtschaft um die ökologische Dimension erweitern wollen. Damit wollen wir nicht Begriff und Inhalt der Sozialen Marktwirtschaft aufgeben und auch nicht irgendein Zugeständnis an den Zeitgeist machen, sondern wir bringen unmißverständlich zum Ausdruck, daß für uns auch Umweltfragen im Rahmen einer freiheitlichen und sozialen Wirtschaftsordnung gelöst und mit dazu passenden Instrumenten (Preissignale) zu fördern sind.

Und nochmals Müller-Armack: „Jede Gesellschaftsordnung bedarf eines einfachen Ausdrucks, um ihr Wollen sichtbar zu machen." Dies tun wir. Dies wollen

wir nicht zuletzt deshalb, um zu unterstreichen, daß auch eine ehrgeizige Umweltschutzpolitik in einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit sehr viel mehr Preissignalen arbeiten könnte und sollte, als das viele vertreten, die unsere Wirtschaftsordnung gerade wegen ihrer Funktionsweise unter Dauerverdacht stellen.

Kritiker der in Hamburg beschlossenen begrifflichen Erweiterung melden entweder an, daß mit dieser begrifflichen Veränderung eine unnötige Erweiterung stattgefunden habe, da sozial richtig verstanden, auch Zukunftssicherung und damit Bewahrung der Schöpfung umfasse. Und andere wiederum kritisieren, daß mit der Erweiterung die Dimension des Sozialen nicht mehr den Vorrang habe wie in dem ursprünglichen Begriff.

Ist es wirklich von Nachteil, wenn sich die große Volkspartei CDU selbst verpflichtet und dies auch sprachlich zum Ausdruck bringt, ehrgeizige Umweltschutzziele in unserer Wirtschaftsordnung und in keiner anderen zu verfolgen? Und ist es nicht richtig und ehrlich, auch sprachlich zu unterstreichen, daß umweltbewußtes Handeln im ureigensten Interesse eines jeden Einzelnen liegen muß und deshalb das, was die Umwelt wirklich kostet, endlich auch in Preisen zum Ausdruck kommen muß? Natürlich bedeutet das Strukturwandel, Veränderung und Bereitschaft, diesen Prozeß auch aktiv politisch zu begleiten.

Das in Hamburg verabschiedete neue Grundsatzprogramm hat deshalb einen eigenen, sehr umfangreichen Programmteil, der der Schöpfung gewidmet ist. Das geht weit über die Beschlußlage von 1978 hinaus.

## Was jeder begreifen muß

Im vergangenen Jahr ist eine Fläche der Brandrodung zum Opfer gefallen, die größer ist als Dänemark, die Benelux-Staaten, die Schweiz und Österreich zusammengenommen. Jeden Tag wird die Welt um 50 Pflanzen- und Tierarten ärmer, und jede Sekunde blasen die Menschen 1000 Tonnen Treibgase in die Atmosphäre. Jeder muß deshalb begreifen, daß die nicht rechtzeitige Berücksichtigung der ökologischen Herausforderung nicht nur eine Zerstörung der Umwelt, sondern auch eine langfristige Gefährdung unserer ökonomischen Basis bedeutet. ■

## Kriminalität bekämpfen – Innere Sicherheit stärken

Mit diesem Thema befaßt sich vom 26. bis 28. April im Bildungszentrum Schloß Eichholz das „Eichholzer Forum". Zu den prominenten Referenten gehören:

- Hans-Jürgen Fätkinhäuer, Oberstaatsanwalt und Vorsitzender der Vereinigung Berliner Staatsanwälte. Sein Thema: Wenn Gesetze den Ankläger machtlos machen — Die Justiz als „Flaschenhals" der Kriminalitätsbekämpfung.
- Bundesminister Friedrich Bohl, dessen Referat zum Thema der Veranstaltung am 27. April stattfindet.

Eine Podiumsdiskussion am selben Tag befaßt sich mit den Themen „Deutschland im Visier der Mafia?" und der „Kriminalitätsbekämpfung im Zeichen einer veränderten Gefährdungslage".

**Anmeldungen an:**
**Konrad-Adenauer-Stiftung**
**Postfach 1331, 50387 Wesseling**
**Telefon (02236) 707-232**
**Fax (02236) 707-230**

## Horst Waffenschmidt:

# Aktivitäten im Aussiedlerbereich

### Veranstaltungen in Ansiedlungsschwerpunkten der Aussiedler

Seit Beginn diesen Jahres führe ich vermehrt Schwerpunktveranstaltungen für Aussiedler in den Bereichen der Bundesrepublik durch, wo besonders viele Aussiedler wohnen. Diese Veranstaltungen werden organisiert, entweder von der CDU, oder den zuständigen kommunalen Körperschaften, oder von Organisationen der Landsmannschaften, oder von Organisationen der Vertriebenen. Diese Veranstaltungen sind immer außerordentlich gut besucht und führen zu zusätzlichen Kontakten zwischen den Vertretern der CDU im jeweiligen Bereich und auch zu unmittelbarer Aussprache über die Politik der Bundesregierung Helmut Kohl. Solche Veranstaltungen fanden z. B. statt: in Paderborn, in Detmold, im Kreis Emsland, in Friedland, im Kreis Pinneberg, in Herborn und in Empfingen. Eine größere Zahl weiterer Veranstaltungen dieser Art ist vorgesehen.

**Empfehlung:**

Abgeordnete, Kommunalvertreter und Fraktionsträger der CDU sollten für ihre Verantwortungsbereiche Begegnungsveranstaltungen mit Aussiedlern organisieren. Informationsmaterial dazu kann über die Bundespartei oder über die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vermittelt werden. Als sachkundige Referenten stehen u. a. auch zur Verfügung:

- **Gerda Dempwolf, MdB, Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Fraktion,**
- **Helmut Sauer (Salzgitter), MdB, mit der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung,**
- **Hartmut Koschyk, MdB, mit den Mitgliedern der Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU/CSU-Fraktion.**

### Mitarbeiterkonferenz

Die Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Dempwolf, MdB, und ich führen seit einiger Zeit regelmäßig Tagungen mit Aussiedlerbeauftragten von CDU und Kreisverbänden und von kommunalen Verbänden der CDU durch. Außerdem werden Mitarbeiter der Kirchen und Sozialverbände eingeladen, die Betreuungsarbeit für Aussiedler leisten. Diese Informationsarbeit soll verstärkt fortgesetzt werden.

**Empfehlung:**

Solche Informationskonferenzen sollten auch auf örtlicher bzw. regionaler Ebene durchgeführt werden. Dazu könnte z.B. der örtlich zuständige Bundestagsabgeordnete einladen.

### Einladung zu Aussiedlertreffen

Als Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung spreche ich in diesem Jahr vor zentralen Veranstaltungen der Aussiedlerorganisationen, z. B. am 22. Mai 1994 vor 20.000 Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl und am 18. Juni 1994 in Stuttgart-Killesberg vor 50.000 Rußlanddeutschen. In Stuttgart wird Ministerpräsident Erwin Teufel für das Land Baden-Württemberg sprechen.

**Empfehlung:**

Je nach Anzahl der Aussiedler in einer Region sollten auch vor Ort Treffen mit den Aussiedlern organisiert werden, z. B.

veranstaltet der Rhein-Sieg-Kreis jedes Jahr ein großes Aussiedlerfest.

### Besuch in Aussiedlereinrichtungen

Als Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung besuche ich in diesem Jahr erneut die zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen für die Spätaussiedler. Hier ist die Kontaktnahme mit den Aussiedlern und den sie betreuenden Mitarbeitern der Behörden und der Verbände besonders wichtig, weil hier der erste Eindruck von der Bundesrepublik Deutschland geprägt wird. In der Regel erreicht ein solcher Besuch auch gute Aufmerksamkeit in den Medien.

**Empfehlung:**

Solche Besuche sollten auch von anderen politischen Repräsentanten verstärkt unternommen werden, um persönlichen Kontakt zu suchen. Das gilt nicht nur für zentrale Einrichtungen, sondern auch für Übergangswohnheime in Städten und Gemeinden.

### Öffentlichkeitsarbeit

In der Vertriebenenarbeit und bei den Landsmannschaften gibt es zahlreiche Mitteilungsblätter und regelmäßig erscheinende Verbandszeitschriften. Die Anschriften kennt der jeweilige Kreisverband der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung. Es lohnt sich in solchen Veröffentlichungen einen Beitrag zu leisten, denn diese Veröffentlichungen werden von den betroffenen Mitbürgern intensiv gelesen und beachtet.

**Empfehlung:**

Ansprache der Verantwortlichen für die jeweiligen Veröffentlichungen und Angebot eines Beitrages über die Arbeit für die Aussiedler im jeweiligen Verantwortungsbereich. ■

# 340 Millionen Mark zurückgefordert

**Die Arbeitsämter haben im vergangenen Jahr fast 50 Prozent mehr „Sozialbetrüger" erwischt. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit (BA) stieg die Zahl entsprechender Ermittlungsverfahren im vorigen Jahr um 198.300 auf 631.900.**

In 46.300 besonders schwerwiegenden Fällen sei die Staatsanwaltschaft eingeschaltet worden. Rund 340 Millionen Mark unrechtmäßig gezahlter Leistungen wurden den Angaben zufolge zurückgefordert. Insgesamt summierten sich Minderausgaben und Mehreinnahmen, so die BA, auf rund eine Milliarde Mark.

Die Mehrzahl der Ermittlungen betraf den Mißbrauch von Arbeitslosengeld, andere Lohnersatzleistungen und Kindergeld. In Westdeutschland bezogen sich auf solche Verstöße 80 Prozent, im Osten sogar über 95 Prozent der Verfahren. Die meisten Betrugsfälle wurden durch den maschinellen Abgleich von Beschäftigungszeiten mit Terminen, zu denen Leistungen aus der BA bezogen wurden, aufgedeckt. „Niemand darf mehr damit rechnen, unentdeckt zu bleiben", betonte BA-Präsident Bernhard Jagoda.

Auch die fast verdoppelte Zahl von Außenprüfungen in Betrieben, bei denen 1993 rund 386.000 Beschäftigte und 1,6 Millionen Lohn- und Meldeunterlagen kontrolliert wurden, habe erheblich mehr Leistungsmißbrauch ans Licht gebracht. So wurden nach Angaben der BA 35.600 sogenannte Sozialbetrüger entdeckt, die insgesamt 33,7 Millionen Mark aus der Kasse der BA zu Unrecht bezogen hatten. Datenabgleich und Außenprüfungen ergaben zudem die rechtswidrige Zahlung von rund 80 Millionen Mark an Sozialabgaben. ■

## 7. Landesparteitag in Schwerin

# Optimismus dominiert – Große Mehrheit für Berndt Seite

**Mit 122 Ja-Stimmen bei 15 Enthaltungen wurde Ministerpräsident Berndt Seite zum Spitzenkandidaten der CDU Mecklenburg-Vorpommern für die Landtagswahl am 16. Oktober nominiert. Die Liste zur Wahl des Bundesparteitags führen die Landesvorsitzende Angela Merkel und Bundesforschungsminister Paul Krüger an. Nach Willen der mecklenburg-vorpommerischen CDU wird der ehemalige Ministerpräsident Alfred Gomolka das Land in Straßburg und Brüssel vertreten.**

Mit ihrem Landesparteitag am 20. März in Schwerin unterstrich die CDU Mecklenburg-Vorpommern ihren Anspruch, auch in der nächsten Legislaturperiode wieder die Regierungsgeschäfte in Schwerin zu übernehmen. Ministerpräsident Berndt Seite hob in seiner immer wieder von viel Beifall unterbrochenen Rede hervor, daß die Wahlen 1994 im Grunde die ersten Wahlen in den neuen Ländern überhaupt seien. Die Wahl 1990 wäre eher eine Volksabstimmung über die Deutsche Einheit gewesen. In diesem Zusammenhang sprach Seite von einer bevorstehenden Schicksalswahl. Deswegen werde die CDU alles daran setzen, daß sie auch die Ernte der von ihr ausgestreuten Saat einfahren wolle.

Bundeskanzler Helmut Kohl, der der Einladung nach Schwerin gefolgt war, stimmte die Delegierten mit einer kämpferischen und von Optimismus getragenen Rede in den Wahlkampf ein.

Er verwies auf die Regierungsunfähigkeit der SPD, die diese mit den jüngsten Steuervorschlägen noch einmal deutlich unter Beweis gestellt hätte. „Wenn wir jetzt geschlossen und mit klaren Aussagen in den Wahlkampf eintreten, werden wir auf der Siegerseite stehen", sagte Helmut Kohl. Der Wahlgegner SPD habe nicht sehr viel in der Daueropposition dazugelernt und betreibe eine absurde Zukunftsgestaltung. Die von der SPD ins Spiel gebrachte 10prozentige Ergänzungsabgabe für Besserverdienende sei eine Strafe für leistungswillige Bürgerinnen und Bürger, sagte der Bundeskanzler.

Die Landesvorsitzende Angela Merkel stellte fest, daß allein die CDU in der Lage sei, aus Mecklenburg-Vorpommern ein starkes Land im Norden zu machen. Sie hob hervor, daß es der Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Bund und auch der EU gelungen sei, die Werften zu privatisieren und die Landwirtschaft erfolgreich umzustrukturieren. Auch habe Mecklenburg-Vorpommern den Mut gehabt, gegen die Widerstände von SPD und PDS die Bildungslandschaft vollkommen neu zu ordnen. Jetzt sei notwendig, daß die wichtigsten Baumaßnahmen der Zukunft auch rasch umgesetzt würden: Der Bau der A 20 sowie die Errichtung der Magnetstrecke zwischen Hamburg und Berlin.

Generalsekretär Preschle rief die Partei zu Geschlossenheit und Einsatzbereitschaft in den bevorstehenden Wahlkämpfen auf. Mit einer starken CDU-geführten Regierung habe das Land große Zukunftschancen.

# Familienfarm in Steinfurt

**150 Teilnehmer und Kinder in der eigens eingerichteten Kinderbetreuung waren Ende Februar zum Familienforum der CDU im Kreis Steinfurt gekommen.**

In vier Arbeitskreisen wurde mit sachkundigen Referenten über familienpolitische Schwerpunktthemen wie „Familie im Wandel" oder „Wer zahlt für die Familie?" debattiert. Daneben gab es Reden zur Kommunal-, Landes- und Bundespolitik in Sachen Familie. Eine große Podiumsdiskussion bildete den Abschluß.

Neben zahlreichen Mitgliedern nutzten auch viele Nicht-Mitglieder die Chance zur Diskussion und Information. Das vorgestellte Familienmanifest „Unsere Zukunft heißt Familie" traf auf große Zustimmung.

Die CDU Steinfurt setzte mit ihrem ganztägigen Familienforum eine im letzten Jahr mit einem Wirtschaftsforum begonnene Veranstaltungsreihe fort.

**Praktische Familienpolitik: Anne, die kleine Tochter des Kreisvorsitzenden Karl-Josef Laumann, MdB, fordert Papas Aufmerksamkeit während der Reden. Die Kinder waren selbstverständlicher Teil der Veranstaltung.**

## Politik à la carte

**Mit dem Slogan „Setzen Sie auf unsere Karte" will die CDU des Rheinisch-Bergischen Kreises einen neuen Weg der Wahlkampffinanzierung gehen.**

Eine attraktive Telefonkarte soll allen Mitgliedern und Freunden zum Wahlkampfunterstützungspreis von 50 DM pro Stück angeboten werden.

Mit der einen Seite dieser Karte kann man in über 20.000 Telefonzellen in Deutschland telefonieren, mit der anderen unterstützt man Wolfgang Bosbach, den Kandidaten im Bundestagswahlkampf 94 der CDU im Wahlkreis 67.

# Abiturienten drängen immer stärker in praxisorientierte Studiengänge

**„Der Ausbau der Fachhochschulen darf nicht länger ein politisches Lippenbekenntnis bleiben" hat der neue Bundesvorsitzende des RCDS, Oliver Röseler, gefordert. Der Bundesvorsitzende erklärte weiter:**

Die Nachfrage nach Fachhochschulstudienplätzen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Schon die Konstanzer Erhebung von 1992 stellte fest, daß zwölf Prozent der Universitätsstudenten ebensogut oder sogar lieber an einer Fachhochschule studiert hätten. Nach den Prognose-Daten der Kultusministerkonferenz wird die Studentenzahl an Fachhochschulen bis zum Jahr 2000 um mehr als 100.000 Studenten steigen.

Mittlerweile liegt der NC in einigen Studienfächern an Fachhochschulen höher als an Universitäten. Damit drängen immer mehr Abiturienten in die Universitäten, deren Wunsch nach praxisorientiertem Studium am Profil der wissenschaftlichen Hochschulen völlig vorbeiläuft.

Dem Mangel an Fachhochschulstudienplätzen steht die hohe Nachfrage des Arbeitsmarktes nach Absolventen gegenüber, die in kurzer Zeit mit begrenztem ökonomischen Aufwand eine berufs- und praxisnahe Ausbildung abgeschlossen haben. Der vorrangige Ausbau der Fachhochschulen ist daher, so Röseler, zwingend erforderlich.

Der RCDS begrüßt die Tatsache, daß neben den neuen Ländern vor allem das Land Bayern mit sechs neuen Standorten eindeutige Schwerpunkte zugunsten der Fachhochschulen gesetzt hat. Die SPD-geführten Bundesländer müssen jetzt den Nachweis erbringen, daß auch ihre Forderungen nach einer Stärkung des Fachhochschulbereichs keine publikumswirksamen Worthülsen sind.

Insbesondere befürwortet der RCDS den Vorschlag, duale Ausbildungsmodelle im tertiären Bereich voranzutreiben.

## Zentraler Bundesrednereinsatz

Während des diesjährigen Landtagswahlkampfes hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle die CDU in Niedersachsen mit einem zentralen Bundesrednereinsatz unterstützt. Dabei haben 30 Spitzenpolitiker der CDU/CSU in der Zeit vom 5. Januar 1994 bis zum Wahltag am 13. März 1994 131 Veranstaltungen durchgeführt. In der Regel handelte es sich um öffentliche Veranstaltungen, jedoch wurden auch Zielgruppengespräche, Firmenbesichtigungen und Pressekonferenzen geplant.

53 Bundespolitiker haben bereits ihre Bereitschaft erklärt, auch im kommenden Europawahlkampf Veranstaltungen durchzuführen, und dafür

- **324 Einsatztage** zur Verfügung gestellt, an denen
- **743 Veranstaltungstermine** durchgeführt werden können.

Der Einsatz beginnt direkt nach Ostern und wird bis zum Wahltag fortgeführt.

Träume ruhig vom

# PARADIES.

Aber davon allein wird die Welt nicht besser.

❍ Schickt mir Infos über die Arbeit der JU.
Mich interessieren besonders die Themen:
❍ Umwelt ❍ Frieden ❍ Drogen
❍ Ausländerfeindlichkeit

Name

Adresse

an: Junge Union Deutschlands
Annaberger Straße 283, 53175 Bonn
Telefon: 0228/31 00 11 (Fax: 38 45 20)

JUNGE UNION DEUTSCHLANDS

Hoch & Hoch · Aachen

Drogen sind nicht

# BILLIG!

Ihr bezahlt mit dem Leben.

❍ Schickt mir Infos zum Thema Drogen und über die Arbeit der JU.
Mich interessieren noch die Themen:
❍ Ausländerfeindlichkeit ❍ Frieden

Name

Adresse

an: Junge Union Deutschlands
Annaberger Straße 283, 53175 Bonn
Telefon: 0228/31 00 11 (Fax: 38 45 20)

JUNGE UNION DEUTSCHLANDS

Hoch & Hoch · Aachen

# DRAUF SCHLAGEN

ist nicht stark, sondern brutal.

❍ Schickt mir Infos zum Thema Ausländerfeindlichkeit und über die Arbeit der JU.
Mich interessieren noch die Themen:
❍ Umwelt ❍ Frieden ❍ Drogen

Name

Adresse

an: Junge Union Deutschlands
Annaberger Straße 283, 53175 Bonn
Telefon: 0228/31 00 11 (Fax: 38 45 20)

JUNGE UNION DEUTSCHLANDS

Hoch & Hoch · Aachen

**Na Bravo!** Weil es der Jungen Union nicht reicht, daß nur sie, ihre Mitglieder und Freunde wissen, daß es sie gibt, wird sie mit fünf Anzeigen dreimal in die „BRAVO" gehen.

Damit wird die Junge Union in vier Millionen Heften erscheinen, in denen sie auch die erreichen will, die für gewöhnlich sagen: Politik interessiert nicht.

JU-Bundesgeschäftsführer Axel Wallrabenstein hat die Mitglieder aufgefordert, die Anzeigen auch in ihren Rundschreiben und Zeitungen abzudrucken bzw. an Schüler- und Jugendzeitungen sowie Stadt- und Szenezeitschriften weiterzuleiten oder als Anzeige zu schalten.

**Der Abdruck dieser Anzeigen ist natürlich kostenfrei. Allerdings bittet die JU-Bundesgeschäftsstelle, Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, um Belegexemplare.**

## Faltblätter für den Wahlkampf

### Gesundheit sichern — Eigenverantwortung fördern

Gesundheit geht vor, kein Medikament, keine Behandlungsmethode darf dem versagt werden, der darauf angewiesen ist. Hierzu müssen jedoch alle, entsprechend ihren Fähigkeiten, ihren Beitrag leisten. An diesem Maßstab orientiert sich die Gesundheitspolitik der CDU. Dieses Faltblatt zeigt die Vorzüge unseres bestehenden Gesundheitssystems und, wie die CDU dieses System langfristig sichern wird.

Bestell-Nr.: **2799**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 19,— DM

### Wir packen's an: Beschäftigung sichern — neue Arbeitsplätze schaffen!

Die weltweite konjunkturelle Schwäche, der wirtschaftliche Aufbruch in den neuen Ländern und der Strukturwandel im Westen müssen gemeistert werden. Dieses Faltblatt erläutert, wie die CDU die Arbeitslosigkeit bekämpfen und neue Beschäftigungschancen entwickeln wird, und gibt somit einen kurzen Überblick über die Eckpunkte des Beschlusses „Für Wachstum und Beschäftigung" vom Hamburger Parteitag.

Anpacken statt Angstmachen — das Konzept der CDU für neuen Aufschwung.

Bestell-Nr.: **2805**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 19,— DM

### Beschluß: Für Wachstum und Beschäftigung

Der nun vorliegende Beschluß des CDU-Parteitages zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der CDU mit den Einführungsreden von Christa Thoben und Klaus Töpfer macht deutlich, mit welchen Konzepten die CDU die Herausforderungen von Rezession und Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen möchte. So enthält diese Dokumentation z. B. Kapitel zu den Themen Flexible Arbeitszeiten, Förderung des Mittelstandes sowie Bildung und Qualifizierung.

Bestell-Nr.: **5825**
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 16,50 DM

### Sichere Renten — heute und in Zukunft

Die gesetzliche Rente ist und bleibt die wichtigste Säule der Altersversorgung. Dieses Faltblatt dokumentiert die wichtigsten Entscheidungen, mit denen die CDU die Rente gesichert hat. Denn bereits heute steht fest: die Rentenreform 1992 ist gelungen, die Rente ist sicher.

Bestell-Nr.: **2804**
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 19,— DM

## Wahlkampf-Argumente

GESUNDHEIT

**Gesundheit sichern – Eigenverantwortung fördern**

SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

ARBEITSMARKT

**Wir packen's an:**
**Beschäftigung sichern – neue Arbeitsplätze schaffen!**

SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

In dieser Reihe sind Faltblätter zu folgenden Themen erhältlich:

Best.-Nr. **2798:** Soziales Netz
Best.-Nr. **2799:** Gesundheit
Best.-Nr. **2800:** Frieden und Sicherheit
Best.-Nr. **2801:** Europa
Best.-Nr. **2802:** Senioren
Best.-Nr. **2803:** Standort Deutschland
Best.-Nr. **2804:** Sichere Renten
Best.-Nr. **2805:** Arbeitsmarkt
Best.-Nr. **2806:** Familie und Alleinerziehende
Best.-Nr. **2826:** Was Rotgrün mit Deutschland vorhat
Best.-Nr. **2837:** Informationen für Deutsche aus Osteuropa

**Verpackungseinheit: 100 Expl.**
**Preis je 100 Expl.: 19,— DM.** ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

## Wir kriegen nichts geschenkt...

lautet der Titel des neuesten Faltblattes der Frauen-Union. Und damit das nicht so bleibt, ist dies das erste Faltblatt, mit dem Sie etwas anfangen können. Denn es ist Faltblatt und Geschenkpapier zugleich. Auf der Vorderseite ist es mit einem peppigen Muster in der Farbe des FU-Signets bedruckt, und auf der Rückseite finden Sie interessante Informationen über den Weg zur Gleichberechtigung der Frau in diesem Jahrhundert sowie die aktuellen Perspektiven der Frauen-Union. Größe: 67 × 46 cm.

Bestell-Nr.: **2812**
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je 50 Expl.: 20,— DM

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**
**Postfach 1164**

**33759 Versmold**
**Fax (0 54 23) 4 15 21**

Preise zuzügl. MwSt. inkl. Versand

UiD
11/1994

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.